



Statuten des Vereins

Europäische Vereinigung für Bildung und Kommunikation

§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

1. Der Verein führt den Namen „Europäische Vereinigung für Bildung und Kommunikation“, wobei im Rahmen internationaler Aktivitäten die englischsprachige Entsprechung „European Society for Education and Communication“ mit der Kurzbezeichnung „ESEC“ verwendet wird.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Wien und erstreckt seine Tätigkeit auf Europa.
3. Die Errichtung von Zweigvereinen ist nicht beabsichtigt.
4. Der Verein steht in der Nachfolge der „European Society for Education and Communication e.V.“ mit Sitz in Bonn, Deutschland und hat nach dessen Auflösung das Vereinsvermögen und die Mitglieder übernommen.

§ 2: Zweck

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt:

1. Die Förderung der Entwicklung eines Bewusstseins für den gemeinsamen Kulturraum Europa.
2. Die Förderung des vollständigen und lebenslangen Lernens als Voraussetzung für einen hohen Bildungs- und Lebensstandard der Bürgerinnen und Bürger Europas.
3. Die Förderung, Initiierung und Publikation wissenschaftlicher und angewandter Arbeiten bzw. Projekte auf den Gebieten von Kommunikation, Bildung und Medien in und für Europa.
4. Die Förderung der internationalen Zusammenarbeit und des internationalen Gedankenaustauschs, um regional oder national erfolgreiche herausragende Methoden, Medien und Maßnahmen der Wissensvermittlung und Bildung auf ihre europaweite Tauglichkeit zu untersuchen und zu verbreiten.
5. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt keine eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

1. Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden.



2. Als ideelle Mittel dienen

- a. Konzeption, Durchführung, Teilnahme bzw. Koordination von wissenschaftlich angeleiteten Projekten im Schnittpunkt von Bildung, Medien und Kommunikation im europäischen Kontext zusammen mit nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen
- b. Entwicklung, Analyse, Evaluierung, Systematisierung und Auszeichnung von digitalen Bildungsmedien, Bildungsangeboten und Bildungsprojekten, die der Förderung der Vereinsziele dienen
- c. Erstellung und Bereitstellung von digitalen Informationsangeboten und anderen Publikationen, welche im Bereich von Bildung und Kommunikation im europäischen Kontext Orientierung sowohl für Fachkreise als auch die breite Öffentlichkeit bieten
- d. Partizipation, Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen im Kontext von Bildung und Wissenschaft, die der Förderung der Vereinsziele dienen
- e. Kooperation mit nationalen und internationalen Organisationen und Unternehmen, die dieselben Ziele verfolgen
- f. Vernetzung von akademischen Expert:in/nen, Schüler:in/nen, Studierenden sowie Fachkräften und Spezialist:in/nen artverwandter Expertise sowie der interessierten Öffentlichkeit im Bereich von Bildung, Medien und Kommunikation im europäischen Kontext

3. Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch

- a. Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge
- b. Teilnahmegebühren und andere Erträge aus Veranstaltungen des Vereins
- c. Zuwendungen von Privatpersonen, öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen oder anderen Organisationen
- d. Öffentliche und private Förderungen für die Entwicklung und Durchführung von Projekten im Bereich Bildung, Medien, Kommunikation und Europa
- e. Erlöse aus Publikationen und digitalen Informationsangeboten

§ 4: Arten der Mitgliedschaft

1. Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in ordentliche, außerordentliche und Ehrenmitglieder.
2. Ordentliche Mitglieder sind jene, die sich voll an der Vereinsarbeit beteiligen. Außerordentliche Mitglieder sind solche, die die Vereinstätigkeit vor allem durch Zahlung eines erhöhten Mitgliedsbeitrags fördern. Ehrenmitglieder sind Personen, die hierzu wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt werden.

§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglieder des Vereins können alle physischen Personen, sowie juristische Personen und rechtsfähige Personengesellschaften werden, die dem Vereinszweck dienen und sich am Vereinsleben beteiligen wollen. Mitglieder müssen Interesse an den Themen Bildung, Medien, Kommunikation und Europa zeigen, die Satzung des Vereins akzeptieren und sich für die Förderung der Vereinszwecke im Rahmen ihrer Mittel einsetzen.
2. Über die Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.
3. Bis zur Entstehung des Vereins erfolgt die vorläufige Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern durch die Vereinsgründer, im Fall eines bereits bestellten Vorstands durch diesen. Diese Mitgliedschaft wird erst mit Entstehung des Vereins wirksam. Wird ein Vorstand erst nach Entstehung des Vereins bestellt, erfolgt auch die (definitive) Aufnahme ordentlicher und außerordentlicher Mitglieder bis dahin durch die Gründer des Vereins.
4. Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt auf Antrag des Vorstands durch die Generalversammlung.

§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, bei juristischen Personen und rechtsfähigen Personengesellschaften durch Verlust der Rechtspersönlichkeit, durch freiwilligen Austritt und durch Ausschluss.
2. Der Austritt kann nur zum 31. Dezember jeden Jahres erfolgen. Er muss einem vertretungsberechtigten Vorstandsmitglied mindestens einen Monat vorher schriftlich mitgeteilt werden. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst zum nächsten Austrittstermin wirksam. Für die Rechtzeitigkeit ist das Datum der Postaufgabe / Empfangsdatum der digitalen Übermittlung maßgeblich.
3. Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist länger als sechs Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt.
4. Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Vorstand auch wegen grober Verletzung anderer Mitgliedspflichten, insbesondere bei Handlungen gegen die Vereinsinteressen, und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden.
5. Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den im Abs. 4 genannten Gründen vom Vorstand beschlossen werden.
6. Sowohl von Ausschluss als auch Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft muss dem Mitglied Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Die Entscheidung ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen und wird mit Zugang wirksam. Gegen die Entscheidung des Vorstandes kann das Mitglied binnen 30 Tagen nach Zugang der Entscheidung schriftlich Einspruch beim Vorstand einlegen und dazu das Schiedsgericht (§ 15) einberufen.

7. Mit dem Ausscheiden eines Mitgliedes erlöschen seine Ansprüche an den Verein. Bereits gezahlte Beiträge und Umlagen werden nicht zurückgezahlt. Bei Beendigung der Mitgliedschaft besteht kein Anspruch auf einen Anteil am Vereinsvermögen.

§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen. Das Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive Wahlrecht steht allen Mitgliedern zu. Mitglieder, die keine physischen Personen sind, müssen hierfür durch eine solche vertreten sein und dies gegenüber dem Vorstand bzw. Leitung der Generalversammlung bekannt gegeben werden. Das passive Wahlrecht erhalten nur physische Personen.
2. Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausföhrung der Statuten zu verlangen.
3. Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.
4. Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.
5. Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren. Geschieht dies in der Generalversammlung, sind die Rechnungsprüfer einzubinden.
6. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet.

§ 8: Vereinsorgane

Organe des Vereins sind die Generalversammlung (§§ 9 und 10), der Vorstand (§§ 11 bis 13), die Rechnungsprüfer (§ 14) und das Schiedsgericht (§ 15). Der Vorstand kann darüber hinaus ein Generalsekretariat (§ 16), Repräsentanten und Bevollmächtigte (§ 17) sowie einen wissenschaftlichen Beirat (§ 18) berufen.

§ 9: Generalversammlung

1. Die Generalversammlung ist die "Mitgliederversammlung" im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet zumindest alle zwei Jahre statt.
2. Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf

- a. Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung,
 - b. schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder,
 - c. Verlangen der Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer (§ 21 Abs. 5 erster Satz VereinsG),
 - d. Beschluss der/eines Rechnungsprüfer/s (§ 21 Abs. 5 zweiter Satz VereinsG, § 11 Abs. 2 zweiter Satz dieser Statuten),
 - e. Beschluss eines gerichtlich bestellten Kurators (§ 11 Abs. 2 letzter Satz dieser Statuten) binnen vier Wochen statt.
3. Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich per E-Mail (an die vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene E-Mail-Adresse) einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand (Abs. 1 und Abs. 2 lit. a - c), durch die/einen Rechnungsprüfer (Abs. 2 lit. d) oder durch einen gerichtlich bestellten Kurator (Abs. 2 lit. e).
4. Anträge zur Generalversammlung sind mindestens drei Tage vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich per E-Mail einzureichen.
5. Generalversammlung wie auch außerordentliche Generalversammlung können sowohl als physisches Treffen wie auch als Online-Meeting – via Video-Konferenz – stattfinden. Mischformen sind möglich, wenn vorab ein ordentlicher Ablauf geprüft und durch den Vorstand als durchführbar beschlossen wurde. Dies hat im Rahmen der Einladung kommuniziert zu werden und ist spätestens 48 Stunden vor dem Treffen zu bestätigen.
 - a. Bei physischen Generalversammlungen wird in der Regel öffentlich gestimmt, es sei denn es wird von mindestens einem Fünftel der anwesenden Mitglieder eine geheime Abstimmung verlangt. Für die öffentliche Auszählung einer solchen geheimen Abstimmung werden zwei Mitglieder aus der Generalversammlung auf Vorschlag des Vorsitzenden der Generalversammlung bestimmt, wobei diese abgelehnt werden können, sollten sich mehr als ein Fünftel dafür aussprechen. In diesem Fall müssen andere Mitglieder vorgeschlagen werden, bis diese auf ausreichend Zuspruch treffen.
 - b. Für Online-Meetings sowie Mischformen soll in der Regel auf digitale Abstimmungsverfahren zurückgegriffen werden. Dabei gilt für ad hoc-Abstimmungen in der Regel eine öffentliche Abstimmung, für vorabsehbare Abstimmungen (Wahl eines neuen Vorstandes, Satzungsänderungen, und ähnliches) mittels eines Verfahrens, welches eine geheime Vorab-Abstimmung (digitale Briefwahl) erlaubt. Eine Abweichung davon kann auf Vorschlag von mindestens einem Fünftel der Teilnehmenden der Generalversammlung geschehen, sollten die technischen Möglichkeiten dafür bereitstehen. Eine bereits bestimmte geheime Wahl kann nicht in eine öffentlich umgewandelt werden.
6. Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
7. Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahme- und stimmberechtigt.

- a. Alle Mitglieder (ordentliche, außerordentliche und die Ehrenmitglieder) sind einfach stimmberechtigt.
 - b. Nicht physische Mitglieder werden dabei durch eine/n vorab dem Vorstand gemeldeten Bevollmächtigte/n vertreten.
 - c. Für Stimmübertragungen gilt: Sie sind nur möglich, wenn es keine Möglichkeit einer Vorabwahl über asynchrone digitale Verfahren gibt und die Abstimmungen nicht in geheimer Form stattfinden. Bei den verbliebenen Abstimmungen kann ein Mitglied maximal ein weiteres Mitglied vertreten und diese Vertretung ist dem Vorstand/dem Vorsitz der Generalversammlung vor den ersten Abstimmungen mitzuteilen und muss im Protokoll festgehalten werden.
8. Die Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.
 9. Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.
 10. Den Vorsitz in der Generalversammlung führt ein/e Vorstandspräsident:in, in deren Verhinderung ein/e Stellvertreter:in. Wenn auch diese verhindert sind, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz. Sollten sich im Rahmen einer Generalversammlung, etwa durch eine Neuwahl des Vorstandes Funktionen ändern, führt die Person, welche die Generalversammlung vom Beginn dieser Versammlung geleitet hat, auch zu Ende, es sei denn es sprechen sich mehr als ein Fünftel der anwesenden Mitglieder dagegen aus.

§ 10: Aufgaben der Generalversammlung

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

1. Beschlussfassung über den Voranschlag;
2. Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer;
3. Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer;
4. Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer und Verein;
5. Entlastung des Vorstands;
6. Festsetzung der Höhe der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge für ordentliche und für außerordentliche Mitglieder auf Vorschlag des Vorstands;
7. Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft;
8. Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins;

9. Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen.

§ 11: Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus den durch die Generalversammlung als Team gewählten Mitgliedern, und zwar Vorstandspräsident:innen, deren Stellvertreter:innen, Schriftführer:innen und Kassierer:innen. Dazu kommen noch Generalsekretariat (§ 17), Repräsentant:innen und Bevollmächtigte (§ 18) und der wissenschaftliche Beirat (§ 19) welche vom gewählten Vorstand bestellt werden. Nur die von der Generalversammlung gewählten Mitglieder haben ein Stimmrecht, die anderen Mitglieder (Generalsekretariat, Repräsentant:in/nen und Bevollmächtigte, wissenschaftliche Beiräte) haben beratende Rolle.
2. Der Vorstand wird von der Generalversammlung als gemeinsam kandidierendes Team gewählt. Ein Team muss dabei aus mindestens vier Personen bestehen und bei der Wahl muss bekannt sein für welche Funktion (Vorstandspräsident:in/nen, Stellvertreter:in des/der Vorstandspräsident:in/nen, Schriftführer:in, Kassier:in), die einzelnen Personen sich zur Verfügung stellen. Bei größeren Teams können Funktionen sowohl geteilt werden, als auch weitere Stellvertreter:innen (erster, zweiter,...) benannt werden
3. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jede/r Rechnungsprüfer:in verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer:innen handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.
4. Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt 4 Jahre; Die einmalige Wiederwahl eines identen Vorstandsteams ist möglich, danach ist zumindest ein Funktionstausch, der über den reinen Tausch zwischen Funktion und Stellvertreter:in in derselben Funktion hinausgeht notwendig. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.
5. Der Vorstand wird von einer/m Vorstandspräsident:in/en, bei Verhinderung von einem/r Stellvertreter:in, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch diese/dieser auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen. Die Sitzungen des Vorstandes können als physische Treffen, Treffen via Video-Konferenz-System oder auch als Mischform stattfinden.
6. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens drei von ihnen anwesend ist.
7. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit geben die Stimmen der Vorstandspräsident:innen den Ausschlag. Sollte auch danach eine Stimmengleichheit besteht, darf die Abstimmung einmal wiederholt werden, bei weiterer Stimmengleichheit gilt der Beschluss als abgelehnt.
8. Den Vorsitz führt ein/e Vorstandspräsident:in, bei Verhinderung seine/ihre Stellvertreter:innen. Sind

auch diese verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.

9. Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Abs. 3) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung (Abs. 10) und Rücktritt (Abs. 11).
10. Die Generalversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. Vorstandsmitglieds in Kraft.
11. Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung (Abs. 3) eines Nachfolgers wirksam.

§ 12: Aufgaben des Vorstands

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist das "Leitungsorgan" im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

1. Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen/Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses als Mindestanforderung;
2. Erstellung des Jahresvoranschlags, des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses;
3. Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung in den Fällen des § 9 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a - c dieser Statuten;
4. Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss;
5. Verwaltung des Vereinsvermögens;
6. Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen und außerordentlichen Vereinsmitgliedern;
7. Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins.

§ 13: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

1. Die Vorstandspräsident:in/nen führen die laufenden Geschäfte des Vereins. Das Generalsekretariat unterstützt die Vorstandspräsident:in/nen bei der Führung der Vereinsgeschäfte. Die Vorstandspräsidentschaft kann geteilt werden, wenn durch die Generalversammlung mehrere Mitglieder gemeinsam gewählt werden.
2. Die Vorstandspräsident:in/nen vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit mindestens zweier Unterschriften, entweder von Vorstandspräsident:in/nen, dessen/deren Stellvertreter:in/nen und/oder Kassier:in/nen. Rechtsgeschäfte zwischen



Vorstandsmitgliedern und Verein bedürfen der Zustimmung eines anderen Vorstandsmitglieds.

3. Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in Abs. 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.
4. Bei Gefahr im Verzug sind die Vorstandspräsident:innen berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.
5. Ein/e Vorstandspräsident:in führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand.
6. Der/die Schriftführer:in/nen führt die Protokolle der Generalversammlung und des Vorstands.
7. Der/die Kassier:in/nen ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich.
8. Im Fall der Verhinderung treten an die Stelle der Vorstandspräsident:in, deren Stellvertreter:in/nen. Ist der/die Schriftführer:in und/oder Kassier:in verhindert, ernannt die, den Vorstand oder Generalversammlung leitende Person, bei Bedarf Ersatz.

§ 14: Rechnungsprüfer

1. Zwei Rechnungsprüfer werden von der Generalversammlung auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
2. Den Rechnungsprüfern obliegt die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer haben dem Vorstand über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
3. Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 11 Abs. 9 bis 11 sinngemäß.

§ 15: Schiedsgericht

1. Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine „Schlichtungseinrichtung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO.
2. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein



drittes ordentliches Mitglied zum/zur Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmengleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.

3. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

§ 16: Generalsekretariat

1. Der Vorstand kann zur Unterstützung der Abwicklung der Vereinsgeschäfte ein Generalsekretariat berufen.
2. Die mit dem Generalsekretariat berufene Person/en wird durch einfachen Beschluss des Vorstandes eingesetzt und kann mit einem ebensolchen Beschluss jederzeit wieder abgesetzt werden.
3. Die Aufgaben des Generalsekretariats werden vom Vorstand festgelegt. Die Einwilligung der damit beauftragten Person/en zur Übernahme dieser Aufgaben ist erforderlich.
4. Das Generalsekretariat ist nach Maßgabe des Vorstandes berechtigt, einfache Vereinsangelegenheiten nach formloser Rücksprache mit dem/der Vorstandspräsident:in/nen oder bei Unerreichbarkeit dem/der Stellvertreter:in/nen durchzuführen.
5. Das Generalsekretariat ist ausschließlich dem Vorstand und seinen Mitgliedern im Rahmen seiner Möglichkeiten berichtspflichtig.
6. Die Tätigkeiten des Generalsekretariats unterliegen grundsätzlich der Aufsichtspflicht durch den/die Vorstandspräsident:in/nen oder Stellvertreter:in/nen.
7. Personen des Generalsekretariats sind berechtigt an den Vorstandssitzungen mit beratender Stimme teilzunehmen.
8. Mitglieder des Generalsekretariats können jederzeit ihren Rücktritt durch schriftliche Information des/der Vorstandspräsident:in/nen erklären. Dieser tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.
9. Bei Ausscheiden des letzten Mitgliedes des Generalsekretariats durch Absetzung oder Rücktritt fallen diese Aufgaben bis zur Bestellung eines neuen Generalsekretariats dem/der Vorstandspräsident:in/nen zu.

§ 17: Repräsentant:innen und Bevollmächtigte

1. Der Vorstand kann zur Repräsentation des Vereins Repräsentant:in/nen bzw. zur Durchführung klar definierter Aufgaben Bevollmächtigte berufen.
2. Repräsentant:in/nen und Bevollmächtigte werden durch einfachen Beschluss des Vorstandes eingesetzt und können mit einem ebensolchen Beschluss jederzeit wieder abgesetzt werden.



3. Der Wirkungskreis (Länder, Regionen, Themen, spezielle Zielgruppen und klar abgegrenzte Aufgaben) und die Aufgaben der Repräsentant:in/nen bzw. Bevollmächtigte werden vom Vorstand festgelegt. Sie sind insbesondere für die Vertretung und Repräsentation des Vereins in ihrem Wirkungskreis bzw. für die Durchführung von Aufgaben (Umsetzung eines Projekts, einer Veranstaltung, Erstellung einer Publikation, oä...) verantwortlich.
4. Der/die Repräsentant:in/nen und Bevollmächtigte sind nach Maßgabe des Vorstandes berechtigt, einfache Vereinsangelegenheiten nach formloser Rücksprache mit dem/der Vorstandspräsident:in/nen oder bei Unerreichbarkeit dem/der Stellvertreter/in sowie dem Generalsekretariat innerhalb ihres Wirkungskreises durchzuführen.
5. Repräsentant:in/nen und Bevollmächtigte sind dem Vorstand und der Generalversammlung im Rahmen ihrer Möglichkeiten berichtspflichtig. Dem Generalsekretariat ist vom Vorstand oder – nach entsprechender Beschlussfassung des Vorstandes – durch die Repräsentant:in/nen und Bevollmächtigte selbst über die Tätigkeit der Repräsentant:in/nen und Bevollmächtigte zu informieren.
6. Repräsentant:in/nen und Bevollmächtigte sind berechtigt an den Vorstandssitzungen mit beratender Stimme teilzunehmen.
7. Repräsentant:in/nen und Bevollmächtigte können ihren Rücktritt jederzeit durch schriftliche Information des Vorstandspräsident:in/nen erklären. Dieser tritt mit sofortiger Wirkung oder – falls vom Vorstand und dem/der Repräsentant/in gleichermaßen gewünscht – nach Ablauf einer angemessenen Frist in Kraft.

§ 18: Wissenschaftlicher Beirat

1. Der Verein richtet einen wissenschaftlichen Beirat als beratendes Organ ein. Der Beirat ist kein Vereinsorgan im Sinne des § 5 Vereinsgesetz 2002 und besitzt keine Entscheidungsbefugnisse oder spezielle Stimm- oder Aufsichtsrechte in den Organen des Vereins.
2. Der wissenschaftliche Beirat hat die Aufgabe, den Vereinsvorstand in fachlichen, wissenschaftlichen und inhaltlichen Fragen zu beraten, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung und Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Qualität der Vereinsaktivitäten. Der Beirat unterstützt den Verein dabei, aktuelle wissenschaftliche Entwicklungen und Erkenntnisse in seine Tätigkeit einfließen zu lassen.
3. Jedes Vereinsmitglied hat ein Vorschlagsrecht gegenüber dem Vereinsvorstand für die Mitglieder des Beirats, Beiratsmitglieder müssen bei der Berufung in den Beirat keine Mitglieder des Vereins sein, werden durch die Ernennung zum Beirat aber zu ordentlichen Mitgliedern des Vereins, die vom Vereins-Mitgliedsbeitrag für die Dauer ihrer Funktion befreit sind.
4. Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates werden vom Vereinsvorstand auf unbestimmte Zeit bestellt. Eine jederzeitige Abberufung durch den Vorstand ist möglich.
5. Der Beirat besteht aus mindestens drei sachkundigen Personen mit einschlägiger wissenschaftlicher Expertise.
6. Die Mitgliedschaft im Beirat ist ehrenamtlich. Eine Vergütung ist ausgeschlossen; ein Ersatz nachgewiesener Auslagen ist möglich. Mitglieder des Beirats werden vom Vereins-Mitgliedsbeitrag befreit.



7. Der Beirat tagt mindestens zweimal jährlich:
 - a. Zu diesen Sitzungen ist der Vereinsvorstand einzuladen.
 - b. Der Beirat kann darüber hinaus an Vorstandssitzungen teilnehmen, wenn dies der Vorstand oder der Beirat für erforderlich hält.
8. Der Beirat kann dem Vorstand Empfehlungen aussprechen, die jedoch keine bindende Wirkung haben.

§ 19: Freiwillige Auflösung des Vereins

1. Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
2. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen begünstigten Vereinszwecks ist das nach Abdeckung der Passiva verbleibende Vereinsvermögen, für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke im Sinne der §§ 34 ff Bundesabgabenordnung (BAO) zu verwenden. Soweit möglich und erlaubt, soll es dabei Institutionen zufallen, die gleiche oder ähnliche Zwecke wie dieser Verein verfolgen. Die konkrete Entscheidung steht dabei – sofern Vereinsvermögen vorhanden ist – der Generalversammlung zu.
3. Der letzte Vereinsvorstand hat die freiwillige Auflösung binnen vier Wochen nach Beschlussfassung der zuständigen Vereinsbehörde schriftlich anzuzeigen.



By-Laws

Europäische Vereinigung für Bildung und Kommunikation

The german version of the by-laws is in any case the legally binding variant.

§ 1: Name, seat and field of activity

1. The association bears the name "Europäische Vereinigung für Bildung und Kommunikation", whereby the English-language equivalent "European Society for Education and Communication" with the abbreviation "ESEC" is used in the context of international activities.
2. The association is based in Vienna and extends its activities to Europe.
3. The establishment of branch associations is not intended.
4. The association is the successor to the "European Society for Education and Communication e.V." based in Bonn, Germany, and has taken over the association's assets and members following its dissolution.

§ 2: Purpose

The purpose of the association, whose activities are not for profit, is to

1. Promoting the development of an awareness of the common cultural area of Europe.
2. The promotion of complete and lifelong learning as a prerequisite for a high standard of education and living for Europe's citizens.
3. The promotion, initiation and publication of scientific and applied work and projects in the fields of communication, education and media in and for Europe.
4. The promotion of international cooperation and the international exchange of ideas in order to examine and disseminate regionally or nationally successful outstanding methods, media and measures of knowledge transfer and education for their Europe-wide suitability.
5. The association pursues exclusively and directly charitable purposes. The association is selflessly active; it does not pursue its own economic purposes.

§ 3: Means to achieve the purpose of the association

1. The purpose of the association shall be achieved by the non-material and material means listed in paragraphs 2 and 3.



2. Activities intended for the realisation of the purpose of the Association are
 - a. Conception, implementation, participation and coordination of scientifically led projects at the intersection of education, media and communication in a European context together with national and international research institutions
 - b. Development, analysis, evaluation, systematization and awarding of digital educational media, educational offers and educational projects that serve to promote the objectives of the association
 - c. Creation and provision of digital information offerings and other publications that provide orientation in the field of education and communication in the European context for both specialist circles and the general public
 - d. Participation, conception, organization and implementation of events in the context of education and science that serve to promote the objectives of the association
 - e. Cooperation with national and international organizations and companies that pursue the same goals
 - f. Networking of academic experts, pupils, students, professionals and specialists with related expertise as well as the interested public in the field of education, media and communication in the European context
3. The necessary financial means shall be raised by
 - a. Joining fees and membership fees
 - b. Participation fees and other income from events organized by the association
 - c. Donations from private individuals, public institutions, companies or other organizations
 - d. Public and private funding for the development and implementation of projects in the fields of education, media, communication and Europe
 - e. Revenue from publications and digital information offerings

§ 4: Types of membership

1. The members of the association are divided into ordinary, extraordinary and honorary members.
2. Ordinary members are those who participate fully in the work of the association. Extraordinary members are those who support the association's activities, primarily by paying a higher membership fee. Honorary members are persons who are appointed for special services to the association.

§ 5: Acquisition of membership



1. All natural persons, legal entities and partnerships with legal capacity who serve the purpose of the association and wish to participate in the life of the association can become members of the association. Members must show an interest in the topics of education, media, communication and Europe, accept the by-laws of the association and be committed to promoting the purposes of the association within the scope of their means.
2. The Executive Board decides on the admission of ordinary and extraordinary members. Admission can be refused without giving reasons.
3. Until the association is established, the provisional admission of ordinary and extraordinary members is carried out by the founders of the association or, in the case of an already appointed Executive Board, by the latter. This membership only becomes effective when the association is established. If a Executive Board is only appointed after the association has been established, the (definitive) admission of ordinary and extraordinary members shall also be carried out by the founders of the association until then.
4. Appointment as an honorary member is made by the General Assembly at the request of the Executive Board.

§ 6: Termination of membership

1. Membership expires upon death, in the case of legal entities and partnerships with legal capacity upon loss of legal personality, voluntary resignation and exclusion.
2. Resignation can only take place on December 31 of each year. It must be communicated in writing to an authorized member of the Executive Board at least one month in advance. If the notification is late, it shall only take effect on the next resignation date. The date of posting / date of receipt of the digital transmission is decisive for timeliness.
3. The Executive Board may expel a member if, despite two written reminders setting a reasonable grace period, the member is more than six months in arrears with the payment of membership fees. The obligation to pay membership fees that have fallen due remains unaffected by this.
4. The Executive Board may also expel a member from the association for gross violation of other membership obligations, in particular for acts against the interests of the association, and for dishonorable conduct.
5. The withdrawal of honorary membership can be decided by the Executive Board for the reasons stated in paragraph 4.
6. The member must be given the opportunity to comment on both expulsion and revocation of honorary membership. The decision must be communicated to the member in writing and becomes effective upon receipt. The member may appeal against the decision of the Executive Board in writing to the Executive Board within 30 days of receipt of the decision and convene the arbitration tribunal (§ 15) for this purpose.
7. When a member leaves the association, their claims against the association expire. Contributions and levies already paid shall not be refunded. Upon termination of membership, there is no entitlement to a share of the association's assets.

§ 7: Rights and duties of members

1. Members are entitled to participate in all events organized by the association and to use the association's facilities. All members have the right to vote at the General Assembly and to stand for election. Members who are not physical persons must be represented by such a person and this must be made known to the Executive Board or the Chair of the General Assembly. Only physical persons have the right to stand for election.
2. Every member is entitled to request that the Executive Board hand over the By-Laws.
3. At least one tenth of the members may request the Executive Board to convene a General Assembly.
4. The members shall be informed by the Executive Board about the activities and financial management of the Association at each General Assembly. If at least one tenth of the members request this, stating reasons, the Executive Board must also provide the members concerned with such information within four weeks.
5. The members must be informed by the Executive Board about the audited financial statements (accounting). If this is done at the General Assembly, the auditors must be involved.
6. Members are obliged to promote the interests of the association to the best of their ability and to refrain from doing anything that could damage the reputation and purpose of the association. They must observe the By-Laws and the resolutions of the Association's bodies. Ordinary and extraordinary members are obliged to pay the joining fee and membership fees punctually in the amount decided by the General Assembly.

§ 8: Bodies of the Association

The bodies of the Association are the General Assembly (§§ 9 and 10), the Executive Board (§§ 11 to 13), the Auditors (§ 14) and the Arbitration Tribunal (§ 15). The Executive Board may also appoint a General Secretariat (§ 16), representatives and authorized representatives (§ 17) and a Scientific Advisory Board (§ 18).

§ 9: General Assembly

1. The General Assembly is the "General Assembly" within the meaning of the Association Act 2002. An ordinary General Assembly takes place at least every two years.
2. An Extraordinary General Assembly is held at
 - a. Resolution of the Executive Board or the Annual General Assembly,
 - b. written application by at least one tenth of the members,
 - c. request of the auditors (§ 21 para. 5 first sentence VereinsG),



- d. Resolution of the auditor(s) (§ 21 para. 5 second sentence VereinsG, § 11 para. 2 second sentence of these By-Laws),
 - e. The Assembly shall be held within four weeks of the decision of a court-appointed curator (§ 11 para. 2 last sentence of these By-Laws).
3. All members must be invited to both ordinary and extraordinary General Assembly in writing by email (to the email address provided to the association by the member) at least two weeks before the date of the Assembly. The General Assembly must be convened, stating the agenda. The Assembly shall be convened by the Executive Board (para. 1 and para. 2 lit. a - c), by the auditor(s) (para. 2 lit. d) or by a court-appointed curator (para. 2 lit. e).
4. Motions for the General Assembly must be submitted to the Executive Board in writing by e-mail at least three days before the date of the General Assembly.
5. The Annual General Assembly and Extraordinary General Assembly can take place both as a physical Assembly and as an online Assembly - via video conference. Mixed forms are possible if an orderly procedure has been examined in advance and decided by the Executive Board to be feasible. This must be communicated in the invitation and confirmed at least 48 hours before the Assembly.
 - a. At physical General Assemblies, votes are generally taken in public unless a secret ballot is requested by at least one fifth of the members present. Two members from the General Assembly shall be appointed for the public counting of such a secret ballot at the proposal of the Chair of the General Assembly, whereby these may be rejected if more than one fifth are in favor. In this case, other members must be proposed until they receive sufficient support.
 - b. As a rule, digital voting procedures should be used for online Assemblies and mixed forms. For ad hoc votes, a public vote is generally allowed; for foreseeable votes (election of a new Executive Board, amendments to the By-Laws and similar), a procedure that allows a secret ballot in advance (digital postal vote) is required. A deviation from this may be made at the proposal of at least one fifth of the participants of the General Assembly, should the technical possibilities be available. A secret ballot that has already been determined cannot be converted into a public ballot.
6. Valid resolutions - with the exception of those on a motion to convene an Extraordinary General Assembly - can only be passed on the agenda.
7. All members are entitled to attend and vote at the General Assembly.
 - a. All members (ordinary, extraordinary and honorary members) are entitled to one vote.
 - b. Non-physical members are represented by an authorized representative who has been notified to the Executive Board in advance.
 - c. The following applies to proxy voting: it is only possible if there is no possibility of voting in advance using asynchronous digital procedures and the votes are not held by secret ballot. In the remaining votes, a member may represent a maximum of one other member and this representation must be communicated to the Executive Board/the Chair of the General Assembly before the first votes and must be recorded in the minutes.



8. The General Assembly has a quorum regardless of the number of attendees.
9. Elections and resolutions at the General Assembly are generally passed by a simple majority of the valid votes cast. However, resolutions to amend the By-Laws or to dissolve the Association require a qualified majority of two-thirds of the valid votes cast.
10. The General Assembly is chaired by a Board President or, in their absence, by a Deputy President. If they are also unable to attend, the oldest member of the Executive Board present shall chair the Assembly. If functions change during a General Assembly, for example due to a new election of the Executive Board, the person who chaired the General Assembly from the beginning of this Assembly shall also chair it at the end, unless more than one fifth of the members present oppose this.

§ 10: Tasks of the General Assembly

The following tasks are reserved for the General Assembly:

1. Resolution on the budget;
2. Receipt and approval of the statement of accounts and the financial statements with the involvement of the auditors;
3. Election and dismissal of the members of the Executive Board and the auditors;
4. Approval of legal transactions between auditors and the association;
5. Discharge of the Executive Board;
6. Determination of the amount of the joining fee and the membership fees for ordinary and extraordinary members based on a proposal by the Executive Board;
7. Conferral and revocation of honorary membership;
8. Resolution on amendments to the By-Laws and the voluntary dissolution of the Association;
9. Consultation and resolution on other matters on the agenda.

§ 11: Executive Board

1. The Executive Board consists of the members elected as a team by the General Assembly, namely the President of the Executive Board, their deputies, the Secretary and the Treasurer. In addition, there is the General Secretariat (§ 17), Representatives and Authorized Representatives (§ 18) and the Scientific Advisory Board (§ 19), which are appointed by the elected Executive Board. Only the members elected by the General Assembly have voting rights, the other members (General Secretariat, Representatives and Authorized Representatives, Scientific Advisory Board) have an advisory role.
2. The Executive Board is elected by the General Assembly as a joint team. A team must consist of at least four people and it must be known at the election for which function (board president, deputy board



president, secretary, treasurer) the individual persons are standing for election. In the case of larger teams, functions can be shared, and additional deputies (first, second, ...) can be nominated

3. If an elected member resigns, the Executive Board has the right to co-opt another eligible member in his/her place, for which subsequent approval must be obtained at the next General Assembly. If the Executive Board is unable to function at all or for an unforeseeably long period of time without self-appointment by co-optation, each auditor is obliged to immediately convene an extraordinary General Assembly for the purpose of electing a new Executive Board. If the auditors are also unable to act, any ordinary member who recognizes the emergency situation must immediately apply to the competent court for the appointment of a trustee, who must immediately convene an extraordinary general assembly.
4. The term of office of the Executive Board is 4 years; the one-time re-election of an identical Executive Board team is possible, after which at least one swap of functions is necessary, which goes beyond the mere swap between function and deputy in the same function. Each function on the Executive Board must be exercised personally.
5. The Executive Board meeting is convened in writing or verbally by a Board President or, if he/she is unable to do so, by a Deputy Board President. If this person is also unable to attend for an unforeseeably long period of time, any other member of the Executive Board may convene the Executive Board meeting. The meetings of the Executive Board can take place as physical meetings, meetings via video conference system or as a hybrid form.
6. The Executive Board is quorate if all its members have been invited and at least three of them are present.
7. The Executive Board passes its resolutions by a simple majority of votes; in the event of a tie, the votes of the Board President shall be decisive. If there is still a tie, the vote may be repeated once; in the event of a further tie, the resolution is deemed to have been rejected.
8. The meeting is chaired by the President of the Executive Board or, if he/she is unable to attend, by his/her deputy. If they are also unable to attend, the chair is held by the oldest member of the Executive Board present or the member of the Executive Board appointed by a majority of the other members of the Executive Board.
9. Apart from death and expiry of the term of office (Para. 3), the function of a member of the Executive Board expires through dismissal (Para. 10) and resignation (Para. 11).
10. The General Assembly may dismiss the entire Executive Board or individual members at any time. The dismissal shall take effect upon the appointment of the new Executive Board or Executive Board member.
11. Board members may resign in writing at any time. The declaration of resignation must be addressed to the Executive Board or, in the event of the resignation of the entire Executive Board, to the General Assembly. The resignation only becomes effective upon the election or co-optation (para. 3) of a successor.

§ 12: Tasks of the Executive Board



The Executive Board is responsible for the management of the association. It is the "management body" within the meaning of the Association Act 2002 and is responsible for all tasks that are not assigned to another body of the Association by the By-Laws. In particular, it is responsible for the following matters:

1. Establishment of an accounting system in line with the requirements of the association with ongoing recording of income/expenditure and maintenance of a list of assets as a minimum requirement;
2. Preparation of the annual budget, the annual report and the financial statements;
3. Preparation and convening of the General Assembly in the cases of § 9 para. 1 and para. 2 lit. a - c of these By-Laws;
4. Informing the members of the association about the association's activities, the association's accounts and the audited financial statements;
5. Management of the association's assets;
6. Admission and exclusion of ordinary and extraordinary members of the Association;
7. Admission and termination of employees of the Association.

§ 13: Special duties of individual members of the Executive Board

1. The Board Presidents manage the day-to-day business of the association. The General Secretariat supports the Board Presidents in managing the Association's business. The presidency of the Executive Board can be shared if several members are elected jointly by the General Assembly.
2. The president of the board represents the association externally. Written copies of the association's documents require at least two signatures to be valid, either from the president of the board, his/her deputy and/or the treasurer. Legal transactions between board members and the association require the approval of another board member.
3. Legal authorizations to represent the association externally or to sign on its behalf can only be granted by the members of the Executive Board named in paragraph 2.
4. In the event of imminent danger, the presidents of the Executive Board are authorized to make independent decisions under their own responsibility, even in matters that fall within the scope of the General Assembly or the Executive Board; internally, however, these require the subsequent approval of the responsible association body.
5. A Board President chairs the General Assembly and the Executive Board.
6. The secretary shall keep the minutes of the General Assembly and the Executive Board.
7. The treasurer is responsible for the proper financial management of the association.
8. If the President of the Board is unable to attend, his/her deputy shall take his/her place. If the Secretary and/or Treasurer is unable to attend, the person chairing the Executive Board or General Assembly shall



appoint a replacement if necessary.

§ 14: Auditors

1. Two auditors are elected by the General Assembly for a term of four years. Re-election is possible. The auditors may not belong to any body - with the exception of the General Assembly - whose activities are the subject of the audit.
2. The auditors are responsible for ongoing business control and auditing the Association's financial management with regard to the correctness of the accounts and the use of funds in accordance with the By-Laws. The Executive Board must submit the necessary documents to the auditors and provide the required information. The auditors must report to the Executive Board on the results of the audit.
3. Legal transactions between auditors and the Association require the approval of the General Assembly. In all other respects, the provisions of § 11 (9) to (11) shall apply mutatis mutandis to the auditors.

§ 15: Arbitration Tribunal

1. The association's internal arbitration court is appointed to settle all disputes arising from the association relationship. It is a "conciliation body" within the meaning of the Associations Act 2002 and not an arbitration court in accordance with §§ 577 ff ZPO.
2. The arbitration tribunal shall be composed of three ordinary members of the Association. It is formed in such a way that one party to the dispute nominates a member as arbitrator to the Executive Board in writing. At the request of the Executive Board within seven days, the other party to the dispute shall nominate a member of the arbitration tribunal within 14 days. After notification by the Executive Board within seven days, the arbitrators nominated shall elect a third ordinary member to chair the arbitration tribunal within a further 14 days. In the event of a tie, the nominees shall be chosen by lot. The members of the arbitration tribunal may not belong to any body - with the exception of the General Assembly - whose activities are the subject of the dispute.
3. The arbitration tribunal shall reach its decision by a simple majority of votes in the presence of all its members after both sides have been heard. It shall decide to the best of its knowledge and belief. Its decisions are final within the association.

§ 16: General Secretariat

1. The Executive Board may appoint a general secretariat to support the management of the Association's business.
2. The person(s) appointed to the General Secretariat is/are appointed by simple resolution of the Executive Board and can be removed at any time by the same resolution.
3. The tasks of the General Secretariat are determined by the Executive Board. The consent of the person(s) appointed to assume these tasks is required.



4. The General Secretariat is authorized, in accordance with the Executive Board, to carry out simple association matters after informal consultation with the President of the Executive Board or, if he/she is unavailable, the Deputy President.
5. The General Secretariat reports exclusively to the Executive Board and its members within the scope of its possibilities.
6. The activities of the General Secretariat are generally subject to the supervisory duty of the Board President or Deputy President.
7. Persons from the General Secretariat are entitled to participate in Board meetings in an advisory capacity.
8. Members of the General Secretariat may resign at any time by informing the President of the Executive Board in writing. This comes into force with immediate effect.
9. If the last member of the General Secretariat resigns due to dismissal or resignation, these tasks shall fall to the President of the Executive Board until a new General Secretariat is appointed.

§ 17: Representatives and authorized representatives

1. The Executive Board may appoint representatives to represent the association or to carry out clearly defined tasks.
2. Representatives and authorized representatives are appointed by simple resolution of the Executive Board and can be removed at any time by the same resolution.
3. The sphere of activity (countries, regions, topics, special target groups and clearly defined tasks) and the tasks of the representatives or authorized representatives are determined by the Executive Board. In particular, they are responsible for the representation of the association in their area of activity and for the implementation of tasks (implementation of a project, an event, production of a publication, etc.).
4. The representative(s) and authorized representative(s) are entitled, in accordance with the Executive Board, to carry out simple association matters within their sphere of activity after informal consultation with the President of the Executive Board or, if unavailable, the Deputy President and the General Secretariat.
5. Representatives and authorized representatives are obliged to report to the Executive Board and the General Assembly as far as possible. The General Secretariat must be informed of the activities of the representatives and authorized representatives by the Executive Board or - following a corresponding resolution by the Executive Board - by the representatives and authorized representatives themselves.
6. Representatives and authorized representatives are entitled to participate in Board meetings in an advisory capacity.
7. Representatives and authorized representatives may declare their resignation at any time by informing the President of the Executive Board in writing. This shall enter into force with immediate effect or - if requested by both the Executive Board and the representative - a reasonable period of time.



§ 18: Scientific Advisory Board

1. The association shall establish a scientific advisory board as an advisory body. The Advisory Board is not an organ of the Association within the meaning of Section 5 of the Association Act 2002 and has no decision-making powers or special voting or supervisory rights in the organs of the Association.
2. The Scientific Advisory Board has the task of advising the Association's Executive Board on technical, scientific and content-related issues, particularly with regard to ensuring and developing the scientific quality of the Association's activities. The advisory board supports the association in incorporating current scientific developments and findings into its activities.
3. Every member of the Association has the right to propose members of the Advisory Board to the Association's Executive Board. Advisory Board members do not have to be members of the Association when they are appointed to the Advisory Board, but become full members of the Association when they are appointed to the Advisory Board and are exempt from the Association membership fee for the duration of their function.
4. The members of the Scientific Advisory Board are appointed by the Executive Board of the Association for an indefinite period. They may be dismissed by the Executive Board at any time.
5. The Advisory Board consists of at least three knowledgeable persons with relevant scientific expertise.
6. Membership of the Advisory Board is honorary. Remuneration is excluded; reimbursement of proven expenses is possible. Members of the Advisory Board are exempt from the Association membership fee.
7. The Advisory Board meets at least twice a year:
 - a. The Executive Board must be invited to these meetings.
 - b. The Advisory Board may also attend meetings of the Executive Board if the Executive Board or the Advisory Board deems this necessary.
8. The Advisory Board can make recommendations to the Executive Board, but these are not binding.

§ 19: Voluntary dissolution of the association

1. The voluntary dissolution of the Association can only be decided at a General Assembly and only with a two-thirds majority of the valid votes cast.
2. In the event of the dissolution of the association or if the previous beneficiary purpose of the association ceases to exist, the remaining assets of the association after covering the liabilities shall be used for charitable, benevolent or ecclesiastical purposes within the meaning of §§ 34 ff of the Federal Fiscal Code (BAO). As far as possible and permitted, it should go to institutions that pursue the same or similar purposes as this association. The specific decision - insofar as the association's assets are available - is the responsibility of the General Assembly.
3. The last board of the association must notify the competent association authority in writing of the voluntary dissolution within four weeks of the resolution being passed.